

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

256 (3.11.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Belegblätter 60 Pfennig, bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichterhaltung des Abnahmepfandes, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konturs außer Kraft tritt. Drucksatz und Besetzung im Karlsruhe L. D. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post vom 1. 1. 1930 o. Postgebühren 2,80 Mark o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach 514/45; Druck: Kampffrey & Co., Baden, Jagdstraße 12; Verlag: Koenigsberg 2; Odenburg, Republikstraße 5

Nummer 256

Karlsruhe, Montag, den 3. November 1930

50. Jahrgang

Appell an die Studenten für das demokratisch-soziale Ideal

für das demokratisch-soziale Ideal

Am Verkauf einer am Freitag abend abgehaltenen Kundgebung der Berliner sozialistischen Studentenschaft hielt der preussische Ministerpräsident eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

„Über der Kindheit der heutigen Studentenschaft lauen die schweren Schatten des grauenvollen Krieges, der ihnen oft genug den Vater auf Jahre oder für immer nahm, den Bruder entriß und schwere Sorgen in das Elternhaus einschieben ließ. Und ihre weitere Zukunft stand unter dem unheilvollen Zeichen von Anfechtung und allen krankhaften Erscheinungen einer krisenbedrückten Jugend, mit Verzweiflungs- und schmerzhaften wirtschaftlich schweren Nachkriegszeiten.“

Es ist verständlich, daß unter diesen Verhältnissen keine Jugend heranwachsen konnte, die sich einzig und allein von dem natürlichen Adel leiten läßt, der jedem von dem Leben noch unverdorbenen und daher begabungsreichen jungen Menschen aufgedrückt ist. Es war zu erwarten, daß der Wendeschlag eines geistigen Radikalismus nach allen Seiten stärker ausfallen würde, als in normalen Zeiten. Ja, wenn es wenigstens noch geistiger Radikalismus gewesen wäre! Leber Geistes läßt sich streiten. Geistes will nicht den anderen überzeugen, will sich an ihm messen, und sich nicht dabei abschleifen, will im Ringen des Meinungsstreites sich nicht klären und dabei erstarren. Aber was wir heute erleben, ist etwas ganz anderes: Wo ist die Kritik geblieben, die doch Voraussetzung für jede selbständige geistige Entwicklung eines jungen Menschen ist, wo der ernsthafte Wille nach mühsamer Begründung einer heil und strebend gelingenden Wahrheit? Wo vor allem der Wille der Überzeugung und dem Willen des Anderen, der immer die Erde oder vielmehr das selbstverständliche Axiom einer zeitlich kämpfenden Jugend war, die auch imstande war, vor dem Gegner niederzuknien. Wo ist die Kritik geblieben, die doch Voraussetzung für jede selbständige geistige Entwicklung eines jungen Menschen ist, wo der ernsthafte Wille nach mühsamer Begründung einer heil und strebend gelingenden Wahrheit? Wo vor allem der Wille der Überzeugung und dem Willen des Anderen, der immer die Erde oder vielmehr das selbstverständliche Axiom einer zeitlich kämpfenden Jugend war, die auch imstande war, vor dem Gegner niederzuknien.“

leben können. Heute beschimpft und schmäht man den Gegner, bestreitet ihm jedes ehrenhafte Motiv, ja selbst die sachliche Überzeugung und hält ihn von vornherein einseitig und allein wegen seines Andersdenkens und Andersseins für einen Lumpen. Das geistige Argument ist durch den Knüttel und den Schlaarinn ersetzt, es ist ein Rückfall in die Zeiten mittelalterlicher Faustkämpfe.

Wir sollen diese irreführende Jugend nicht schelten, sie nicht zurückstoßen. Es ist uns bitter leid um sie. All diese jungen radikalen Studenten haben sich selbst in ihrer menschlichen Entwicklung durch die Irrwege, in die sie sich verlaufen. Früher oder später muß für sie, wenn sie ehrlich gegen sich selbst sind, und bei reiferem Durchdenken die innere Hohlheit ihres bisherigen Programms und die Unhaltbarkeit ihres bisherigen politisch-gedanklichen Systems, sowie das Sinnlose ihres politischen Treibens erkennen, ein geistiger Katastrophen ohne gleichen kommen. Die besten und produktivsten Jugendjahre, maßgeblich für die Formung und Entwicklung ihres Geistes, in denen sie sich in den Dienst wahrhaft aufbauender Gedankengänge und der Arbeit an Volk und Staat hätten stellen können, sind nutzlos verlor mit der Hysterie gegenüber einer zwar scheinbar vorgetragenen, aber gleich einer lauben Null leeren politischen Theorie, von der sie vergeblich eine radikale staatliche und wohl auch geistige Umformung aller Dinge erwarteten haben.

Demgegenüber ist es Ihre gewaltige Aufgabe, meine Damen und Herren, dieser im Traagen nationalisistischer Prozeologie sich bewegenden Jugend das in allen Zeiten für eine geistige Menschheit gültige und immer wieder über alle Krisenzeiten hinweg sich Geltung verschaffende demokratisch-soziale Ideal entgegenzubringen! Sie, meine Damen und Herren, sollen unsere Mitkämpfer für die republikanische Reichsreform sein, die für uns eine Sammlung gleichmäßig arbeitender freierwilliger Bestimmungen bedeutet, auf die das langsam und mühsam zur Demokratie reisende deutsche Volk nicht verzichten kann und auch niemals verzichten wird.“

Der Machtkampf in Oesterreich

Von Friedrich Austerlitz (Wien)

Die Wahlkämpfe gehen in dem kleinen Oesterreich nie geruhig vor sich, und eine so beschneidende Stelle das Parlament im Volksbewußtsein auch einnimmt: eine Neuwahl des Nationalrats erregt doch immer die Leidenschaften. Es ist ein Machtkampf in den größten Massen, und die Frage, die in diesen Wahlen entschieden werden wird, ist keine andere und keine geringere als die, ob Oesterreich den Weg einer demokratischen Republik einhalten und fortzuschreiten soll, oder ob es eine heute reaktionärer und faschistischer Umschläge werden darf. Würde es den „Antimarkisten“ gelingen, vorwärts zu stoßen und das bisherige Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten beträchtlich zu verschieben, so könnte der Faschismus, der seit drei Jahren in Oesterreich herumstreift, den offenen Vormarsch beginnen; gelingt es aber, ihm entscheidend Halt zu gebieten und die Partei, die sich ihm immer unerschütterlich ergibt, die Christlichsozialen, zu schlagen, so wird es mit der Heimwehrherrschaft zu Ende sein und der Spul, der die Menschen hierzulande seit Jahr und Tag narri, wird bald verfliegen.

Unverkennbar hatte die Heimwehr im Herbst des vorigen Jahres den Plan, die angespannte Lage durch einen Handstreich zur „Lösung“ zu bringen, der politischen und parlamentarischen Demokratie durch einen Putsch ein Ende zu bereiten. Keinerlich trat die Absicht in der Form einer „Revision“ der Verfassung auf. Aber daß damals die Heimwehren als Generalstimmus den bewährten Putschisten Pabst hatten und überhaupt in dem Geiste dieses Putschstrategen erzogen waren, hat ihre Begeisterung nach Verfassungsänderungen vorweg zweifelhaft gemacht. Und da sie unangeführt mit ihren Massenbeständen prohen, so war es schon im vorigen Jahr nicht unklar, was die letzte und wirkliche Absicht der ganzen Heimwehrebewegung ist: eine Situation herbeizuführen, in der die normale Volkstheil versagt, sich dann irgendwo der Staatsgewalt zu bemächtigen, in den Wirbel der konterrevolutionären Bewegung die Machtmittel des Staates — Heer und Gendarmerie — hineinzureihen, und so einen Augenblick der Ueberrumpelung, einen Augenblick der Hilflosigkeit der Gegenkräfte zu benutzen, um die faschistische Umwälzung durchzuführen. Dieser Plan ist den Heimwehren aber gründlich mißlungen: die Arbeiterklasse hat es verstanden, die Gegenkräfte zu mobilisieren und hat eine so wilde, vor nichts zurückschreckende Entschlossenheit ahnen lassen, daß den Heimwehren und ihren Gönnern nichts übrig blieb, als den großen Plan abzublenden und sich mit Paragraphen einer Verfassungsrevision zu begnügen, deren antimodernistischer Gehalt zwar nicht zu verkennen ist, die aber in der Gesamtentwicklung eines Landes doch geradezu nichts bedeutet. Inskatt des Pabst kam der Schober zur Regierung und aus den Umsturzplänen wurde ein landläufiges Regieren, das zwar schlechte Gesetze, aber nicht einmal eine Alleinherrschaft der bürgerlichen Parteien brachte. Das Fiasko der Heimwehren, die sich zu einem großen Sprunge angeschlossen hatten, endete sinnföällig darin, daß Pabst, der Oesterreich erobern wollte, aus Oesterreich geschafft wurde.

Aber das Gift schwört noch im Körper und wenn auch eine ernstliche Putschgefahr beseitigt ist, so ist dafür die faschistische Beunruhigung sozusagen chronisch geworden und zwar dadurch, daß sich die größte bürgerliche Partei, die Christlichsozialen, den Heimwehren verschrieben hat. Daß eine so große Partei, wie es die Christlichsozialen sind, eine Partei auch von geschichtlicher Wirksamkeit, ihre eigene Basis aufgibt, auf ihr Eigenleben verzichtet, davon leben will, daß sie sich einer fremden Bewegung unterordnet, das ist ohne Zweifel ein moralischer Niedergang. Aber der moralische Niedergang, den die Christlichsozialen auf sich nehmen, soll den politischen Niedergang verhindern, den die Christlichsozialen fürchten. Die schlichte Wahrheit ist, daß sich die Christlichsozialen nicht trauen, sich auf sich selbst zu verlassen, daß sie die begründete Vorstellung haben, von den Sozialdemokraten überannt zu werden, daß sie aufhören werden, die große, sozusagen allösterreichische Partei zu sein und den Vorrang an die Sozialdemokratie abtreten werden müssen. Der Werbefraß des Klerikalismus mißtrauend, der auf die Dauer selbst in einem rein katholischen Land zur Parteilbildung nicht ausreicht, und schlechthin unermöglicht eine demokratische Linie einzuhalten, wie sie das deutsche Zentrum zu halten wenigstens versucht, hat Seipel den „Antimarkismus“ erfunden — der nichts anderes ist, als die Aufspaltung aller bürgerlichen Instinkte gegen die Arbeiterklasse, als die Raillierung aller an der ungehörten Erhaltung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung beteiligten Menschen und Parteien zu einer einzigen Front gegen die Partei der Arbeiter. Und so erkor sich Seipel die Heimwehr zum Sturm. Die Heimwehren sind aus mannigfachen Ursachen entstanden und ihre Ausbreitung danken sie wie alle diese Formationen, an denen ja auch in Deutschland kein Mangel ist, nicht zum wenigsten dem Umstand, daß sich die guten Deutschen, die so lange für das Militär gehöhrt haben, die Welt ohne Uniform nicht vorstellen können; aber zu einem, die normale politische Entwicklung heunruhigenden Faktor hat sie Seipel gemacht. Das Schicksal der Christlichsozialen ist Seipel weniger wichtig als die Stärkung der antimarkistischen Front; sein Verhältnis zu

Die Volkspartei droht Brüning

Und liebäugelt mit den Nazis

Berlin, 2. Nov. (Eigene Meldung.) Bei den Verhandlungen des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei führte nach der Nationalliberalen Korrespondenz der stellvertretende Parteiführer Kesselring u. a. aus: Für die parlamentarische Faltung der Reichspartei der Deutschen Volkspartei war und bleibt entscheidend die Tatsache, daß es nur eine durchgreifende und großzügige Reform mit finanzieller, sozialer und wirtschaftspolitischer Gebiete als ein Ziel der Rettung des Vaterlandes gibt. Nur weil die Volkspartei durch ihr Programm und die Rede des Reichsanwalters die gleiche grundsätzliche Einstellung bekundet hat, konnte die Verantwortung dafür übernehmen, der Regierung die Arbeit zu ermöglichen. So steht sie in fraktioneller Ungeklärtheit mit eigener Verantwortung gegenüber und hat die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die klare Sache des Reformwils nicht durch irgendwelche sozialistische Einflüsse abgebeugt wird. Schon im Laufe dieses Monats, spätestens bei Zusammenkunft des Reichsausschusses, muß die Regierung, wenn sie den durch die Notstandsgesetze beschrittenen Weg in seiner Grundrichtung nicht preisgeben will, auf den Widerstand der Sozialdemokratie stoßen. Jede Schwächung der Reichspartei durch die Volkspartei muß eine völlige Abkehr der Reichspartei von der Volkspartei zur Folge haben. In diesem Fall muß die Regierung sich dessen bewußt sein, daß eine solche Entwicklung zugleich die Gefahr ihres Sturzes durch die Mehrheit der bürgerlichen Parteien bedeutet kann.

und die übrigen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Jugendbewegung beweist, daß es möglich ist, für die kommenden internationalen Auseinandersetzungen auch die in der nationalsozialistischen Bewegung enthaltenen nationalen Kräfte einzusetzen.

Die Rede des Herrn Dingeldey bezweckt, die Reichsregierung einzuschüchtern und so unter Druck zu setzen, daß sie bei der Beratung der Notverordnungen im Haushaltsausschuss unter feinen Umständen sozialdemokratischen Forderungen entgegenkommt. Dadurch will die Volkspartei erreichen, daß die Sozialdemokratie in die schärfste Frontstellung gegen das Kabinett Brüning gedrängt wird und daß die Nationalsozialisten in eine neu zu bildende Regierungskombination aufgenommen werden. Die Deutsche Volkspartei will den schärfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen die Sozialdemokratie, weil diesen Kampf vor allem die großen Industriebarone fordern, um der sozialen Reaktion in Deutschland zum Durchbruch und Siege zu verhelfen. Die Deutsche Volkspartei spekuliert dabei darauf, daß außer den Arbeitern, die bei den Vaterlandkämpfern sich befinden, auch die Kommunisten im Rücken der Sozialdemokratie alles tun werden, um den Abwehrkampf der Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften zu schwächen. Die deutsche Großindustrie hat ja in den letzten Jahren Tüchtige und aber Tüchtige von Millionen zur Vorarbeit und Vorbereitung der sozialen Reaktion ausgegeben, zuletzt für die Nationalsozialisten, so daß sie für ihren Profit hunger ein Ergebnis gezeitigt sehen will.

Die englischen Gemeindewahlen

Bürgerliche Front gegen Arbeiterpartei

London, 3. Nov. (Funkdienst.) In rund 300 Städten und Gemeinden Englands sind am Samstag die Gemeinderäte neu gewählt worden. Zum erstenmal tritt die Arbeiterpartei in ihrem bisherigen kommunalen Stimmkreis einen Rückschlag. Von 1925 bis 1929 hatte sie nahezu 700 Sitze gewonnen. Diesmal verlor sie 92 Sitze, von 27 neue Mandate gegenübersteht. Die Konservativen gewinnen 27 und verlieren 10. Die Liberalen gewinnen 9 und verlieren 17. Die Sozialisten gewinnen 24 und verlieren 20 Sitze.

Besonders schmerzhaft sind die Verluste der Arbeiterpartei in Birmingham, Liverpool, Leeds, das Graebuis ist überaus bedauerlich. In den meisten Städten hatten sich sämtliche bürgerlichen Parteien gegen die Labour-Party vereinigt, um den Verlusten sozialistischer Gemeinderäte zu schaden. Seit dem Zusammenbruch der Arbeiterpartei in die kommunalen Parlamenten ein Ziel des gesamten englischen Steueraufkommens von

den Gemeinden erhoben. Dazu kommt, daß das Steuermehraufkommen in den Gemeinden auf die Schultern der Besessenen abgewälzt und für soziale Zwecke und die Arbeitslosenfürsorge verwendet worden ist. In den Händen der Gemeinden liegt außerdem die Anordnung und Durchführung von Notstandsarbeiten. 135 Millionen Pfund hat hierfür die Regierung den kommunalen Behörden zur Verfügung gestellt, von denen 50 Millionen Pfund bis zum Ablauf dieses Jahres abzugeben sein sollen. Diese Notstandsarbeiten bedeuten aber eine schwere Konkurrenz für die freien Unternehmer und für die Industrie, denen dadurch viele Aufträge entzogen und die Möglichkeit genommen wird, die Löhne herabzusetzen, da die Notstandsarbeiten mit den besten Tarifen entlohnt werden.

Die Labour-Party ist diesmal dem Generalstimmur unterlegen. Sie hat in einer Reihe von Gemeinden ihre bisherigen Mehrheiten eingebüßt. Die Arbeiter werden daraus lernen, und mit doppelter Wucht die Arbeit ausweihen.

den Heimwehren ist kein anderes als das Hugenbergs zu den Nazis.

Und darum geht die Wahl, ob Österreich ein Staat normaler politischer Demokratie sein soll — und man weiß, wie wenig Ertrag für die Arbeiterklasse diese normale politische Demokratie liefert — oder ob der „Antimarxismus“ Trumpf werden darf. Was ist denn das, der Antimarxismus? Das ist vom Faschismus wirklich nur dem Grade nach verschieden. Denn der Antimarxismus ist in Wahrheit die Regierung der Gleichheit; wenn sie auch in die Verfassung eintragen müssen, daß die Staatsbürger vor dem Gesetze gleich sind, so bestreiten sie doch die Gleichheit des Ansehens der Parteien: die Partei der Arbeiter möchten sie ächten und als Auswurf behandeln. Der Antimarxismus ist die freche Behauptung, daß die Partei der Arbeiter so minderwertig sei, wie die Arbeiter minderwertig seien, ist demnach die Inkarnation bürgerlicher Ueberheblichkeit — und die dringendste Aufgabe der sozialistischen Politik in allen Ländern ist im Augenblick, dem kapitalistischen Bürgertum die Vorstellung, daß es mehr sei als die Arbeiterklasse, gründlich auszutreiben. Der Faschismus mag weit sein, aber der Antimarxismus ist nahe: den müssen wir austrotten. Denn der Antimarxismus ist der geheime Ausnahmezustand wider die Arbeiterpartei, der sich in allen Richtungen offenbart, ohne daß auch nur ein Geleß verändert werden müßte. Und gegen diesen Antimarxismus, diesen Anruf aller reaktionären Tendenzen, diese Befestigung aller antisozialen Intinkte, geht der Kampf der österreichischen Arbeiterklasse. Sie kämpft ihn als Vortrupp des europäischen Sozialismus. Und deshalb würde ein Sieg, den sie am 9. November erringt, ein Sieg auch für alle sein.

Krach in der Wirtschaftspartei

Der Wirtschaftspartei droht zur Zeit das gleiche Schicksal, von dem bis jetzt fast alle Parteien der Reichsregierung erlitten worden sind. Auch in ihren Reihen prallen seit Jahren starke Widerstände aufeinander, ohne daß der Streit der Richtungen vorerst jedoch zu Abklärungen oder Austritten führender Persönlichkeiten, wie es s. B. bei anderen Parteien der Fall gewesen ist, geführt hätte. Mit dem Eintritt der Wirtschaftspartei in die Regierung Brüning haben sich die Differenzen innerhalb dieser Organisation wesentlich vergrößert, sind die Meinungen derer, die aufeinandergepaßt. Bergabwärts hat die Führung der Wirtschaftspartei den Versuch gemacht, die Wogen durch Zurückziehung des wirtschaftsparteilichen Justizministers Dr. Bredt zu glätten. Der Reichspräsident wandte sich gegen die Wirtschaftspartei und ihre Forderungen, Bredt blieb und verwaltete noch heute gegen den Willen der Führung seiner Partei die Reichsjustiz.

Auf kurz oder lang müßten die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Wirtschaftspartei offen zum Ausbruch kommen und es war nach der Desavouierung des Herrn Bredt durch seine eigene Partei nur noch eine Frage der Zeit, wann der Sturm gegen die Richtung Dremis von der Richtung Colosser eingeleitet werden würde. Jetzt ist es so weit. Der zweite Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Colosser hat aus Protest gegen die Politik des Herrn Dremis und deren rücksichtslose Vertretung durch ihn sein Amt zur Verfügung gestellt. Dem Amtsversicht wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen der Austritt Colosser aus der Wirtschaftspartei folgen. Kein Zweifel, daß die Wirtschaftspartei in ihrem Bestand droht. Colosser vertritt ebenso wie Dremis eine Richtung innerhalb der Wirtschaftspartei, er hat ebenso, wie sein Gegner, zahlreiche Anhänger. Werden sie ihrem Führer folgen, werden sie den Kampf mit Colosser gegen Dremis aufnehmen? Davon hängt es ab, ob die Wirtschaftspartei sich in nächster Zeit spalten und eine größere Zahl von Abgeordneten zu einer anderen Parteigruppe fassen oder als neues Parteiglied in Erscheinung treten wird.

Die Wirtschaftspartei, groß geworden in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit durch Reaktion und maßlose Kritik, hat ihren Höhepunkt längst überschritten. Schon die letzten Reichstagswahlen haben gezeigt, daß auch die Bäume des Herrn Dremis nicht in den Himmel wachsen. Die Wirtschaftspartei befindet sich auf der absteigenden Linie. Jetzt stellt sich zu den organisatorischen Schwierigkeiten ein schwerer innerer Konflikt. Warten wir ab, ob und in wessen Gunsten dieser innerparteiliche Streit überstanden wird.

Zuchthaus für nationalsozialistische Bombenleger

Mitona, 31. Oktober. Am Freitag abend um 6 Uhr wurde im Mitternachtsgerichtsprozess das Urteil verkündet. Die Angeklagten Rebling, von Salomon und Frau Holländer wurden freigesprochen, Klaus Heim und Herbert Volk erhielten je sieben Jahre Zuchthaus, Vid 6 Jahre, Schmidt fünf Jahre sechs Monate, Beder 5 Jahre 3 Monate, Johnson und Hennings je 5 Jahre 3 Monate, Lubmann 5 Jahre, Rathjen und Manede je 1 Jahr und Riever 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus. Nidels wurde zu 2 Jahren 6 Monate Gefängnis, Wiborg zu 1 Jahr 3 Monate, Holländer vier Monate und Boffen zu dreieinhalb Monaten Gefängnis verurteilt. Samtens wurden 500 M. Geldstrafe subdiert, Westphal und Rathbe je 50 M.

Das Gericht ist mit dem Strafmaß im allgemeinen unter die Anträge des Staatsanwalts herunter gegangen. So waren für Heim zehn Jahre Zuchthaus beantragt, Nidels 7 Jahre Zuchthaus, Rebling ein Jahr Zuchthaus, Johnson 7 Jahre Zuchthaus, Westphal 5 Jahre Zuchthaus, Riever 5 Jahre Zuchthaus, Holländer 1 Jahr Zuchthaus, Manede 5 Jahre Zuchthaus, Nidels, Beder, Boffen und Samtens sind in einigen Fällen über die Anträge des Staatsanwalts hinausgegangen, so beispielsweise bei dem Schriftsteller Herbert Volk, für den 6 Jahre 6 Monate Zuchthaus beantragt waren.

In der Urteilsbegründung heißt es, daß die Angeklagten in der Voruntersuchung ihre Verleumdungen zugegeben hätten, wenn sie sich auch in der Hauptverhandlung, abgesehen von Klaus Heim und Rebling, ausgesprochen hätten. Die Verleumdungen der Voruntersuchungsprotokolle wurde von keiner Seite in Zweifel gezogen. Nur ihre Richtigkeit hin wurden sie indes trotzdem noch einmal vom Gericht geprüft. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Jelenka, betonte im übrigen noch, daß das Schweigen der Angeklagten in keinem Falle als Schuldschuld angedeutet werden sei. Die jeweilige Schuld oder Unschuld sei durch die Beweisaufnahme nachgewiesen worden. Die Urteile kamen im wesentlichen aufgrund des Sprengstoffgesetzes zustande.

Ein nationalsozialistischer Volksvertreter

Und solche Lummel werden in ein Parlament gewählt
Magdeburg, 31. Okt. Das Magdeburger Polizeipräsidium teilt mit:

Am 27. Oktober erigien ein Magdeburger Kraftdreifachbesitzer auf der Wache im Polizeipräsidium, um die Personalien eines Fahrgastes feststellen zu lassen, der nicht in der Lage war, den Fahrpreis zu zahlen. An Hand der Ausweisnummer wurde festgestellt, daß der Fahrgast der nationalsozialistische Abgeordnete des Landtags von Mecklenburg-Strelitz, Apothekenverwalter Georg Hinz aus Burg-Stargard war. Hinz war in angetrunkenem Zustand. Ohne Ursache schimpfte er in unachöriger Ausdrucksweise über den Staat, den Innenminister, den Berliner Polizei-

Lohnabbaupläne des Ribau

Bei dem für das Bauwerk abgehandelten Reichsarbeitsvertrag und bei den Lohn- und Arbeitsverträgen die für die Wals und für den Kreisstadt Baden abgehandelt und vom Reichsarbeitsminister für allgemein verbindlich erklärt worden sind, kommt als Vertragskontrahent u. a. auch der Reichsverband Industrieller Bauunternehmungen Gruppe Baden und Wals in Betracht. Die Mitglieder dieses Verbandes, kurz Ribau genannt, geben sich trotz der Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Verträge die erbitterteste Mühe, so oft wie es nur möglich, Vertragsbruch zu üben. Hauptächlich mit Lohnkürzungen versehen diese Herrschaften ausgezeichnet zu operieren. Wenn die einzelnen Mitgliedsfirmen des Ribau nach der Seite Vertragsbruch nicht selbst ausdenken können, so sind sie trotzdem nicht verlassen. Der Syndikus des Ribau, Herr Eger in Mannheim, sorgt immer für neuen Stoff. Einmal denkt er selbst einen kleinen Tarifbruch aus und empfiehlt denselben dieser oder jener Firma zur Durchführung. Dann kommt es auch vor, daß, wenn seitens der Vertreter des Bauwerkverbundes wegen ungerechtfertigter Lohnkürzungen die Schlichtungsinstanzen angerufen werden, Herr Eger verliert, die Erhebung solcher Streitfälle durch juristische Spießhahnen überhaupt zu umgehen oder mindestens so lange hinauszuziehen, bis die geschädigten Arbeiter abgestreift und innerhalb der vertraglich festgelegten Schlichtungsfrist nicht mehr zu erreichen sind. Die am Lohn gekürzten Beträge haben dann die Unternehmer im allgemeinen und im Bauwerk durch die trostlose Wirtschaftslage im Jahre arbeiten können und in der Wals noch nicht einmal 26 Wochen im Jahre arbeiten können, verliert man immer und immer wieder, die Bauarbeiter, die sich noch nicht einmal die Amortisationsfrist zur Arbeitslosenversicherung verdienen können, um ihren Tariflohn zu betrogen.

Folgender Fall als Auszug von den vielen Tarifbrüchen soll den Beweis für diese schwerwiegende Behauptung erbringen:
Im Monat September d. J. wurde festgestellt, daß die Mitgliedsfirma des Ribau H. Wittkop von Magdeburg und die Firma Armbruster u. Co. von Freiburg, letztere ist Mitglied im Arbeitgeberverband für das Bauwerk, beide beschäftigt mit den Hauptbetriebsleistungen der Wals bei Albstadt, Vertragsbruch durch Stilllegung der Wals, indem sie den Tiefbauarbeitern, die Anspruch auf einen Stundenlohn von 101 Pf. haben, nur 91 Pfennig ausbezahlen. Die Bezirksleitung des Deutschen Bauwerkverbundes in Karlsruhe hat die Schlichtungskommission als erste Tarifinstanz angerufen und beantragt, daß beide Firmen durch Entschädigung verpflichtet werden, Tariflohn zu zahlen. Trotzdem durch Vorlage der Zahlungslisten der Vertreter des Deutschen Bauwerkverbundes den Tarifbruch nachzuweisen in der Lage ist, verlangt der Syndikus Eger, daß sämtliche geschädigte Arbeiter, ungefähr 80 an der Zahl, persönlich zum Termin der Schlichtungskommission erscheinen. Mit diesen Schritten liefert Herr Eger den Beweis, daß er den Tarifbruch der Tariflohn vorzuziehen, wie die Bestimmungen der Tarifverträge für das Bauwerk es verlangen, wird Verleumdungspolitik getrieben, daß sich die Arbeiter verweigern, in der Falle gehalten können. Dieser Fall ist heute noch nicht erledigt.

Im letzten Frühjahr, noch während den allgemeinen Lohnverhandlungen, führte die Firma Wagh u. Frensch, Mitglied des Ribau, den Arbeitern an einer Baustelle in Bad Dürheim willfährig mit Einverständnis des Syndikus Eger den Lohn um 4 Pfennig die Stunde. Die Bauarbeiter ließen sich dies nicht bieten und beantworteten diese triviale Lohnkürzung damit, daß sie die Sperrre über die fragliche Baustelle verhängten. Was tut der Gehaltsempfänger Syndikus Eger Hand in Hand mit seinem auch vom Ribau angestellten Juristen Dr. Feilerlein? Weil sich die Bauarbeiter gegen ungerechtfertigten Lohnabbau wehrten, reichte er gegen die

Vertreter der Bauarbeiter eine Schadenersatzklage in Höhe von 4000 M ein und bewies auch damit wieder, daß er als Syndikus eines Arbeitgeberverbandes des Bauwerkverbundes jedem Tarifbruch bezug auf Lohnkürzung das Wort redet. Die Schadenersatzklage wurde, nachdem sie von den juristischen Beratern des Ribau, Herren Eger und Dr. Feilerlein mit großem Tamtam eingeleitet wurde, nunmehr einen sehr launigen Abschluß gefunden. Die Klage wurde von den Herren zurückgezogen, jedenfalls deshalb, um eine Klage durch eine ordentliche Entschädigung zu ersetzen. Es soll vorkommen, daß auch bei einem allgemeinen Syndikus der Arbeitgeberverbände eine Stunde der Einsicht kommt.

Lange dauern aber solche Ausflüchte auf Einsicht zur Besserung des Syndikus Eger nicht an. Erst in den letzten Tagen hat die Bezirksleitung des Deutschen Bauwerkverbundes erfahren, daß Herr Eger, trotz der verhängten Schadenersatzforderung noch nicht abgestreift hat. Der Herr ist nicht nur beim Ribau Syndikus, sondern auch dieses Amt auch beim Arbeitgeberverband für das Bauwerk in Mannheim-Ludwigsbad an. Als solcher hat er vor wenigen Tagen wieder einen Schlag erbracht. Der Giprmeister Johann Döberas in Mannheim kündigte vor einigen Tagen seinen der Schlichtungsinstanz eine ganz bedeutende Lohnkürzung an. Die Lohnkürzung angefündigt hätte. Kein anderer als der Syndikus Eger hat veranlaßt, daß den Giprmeister die Lohnkürzung angefündigt wurde. Herr Eger mußte einmal wieder seine Dajensbereitschaft nachweisen. Er schickte aus diesem Grunde an die Giprmeister einen Kundbriefchen mit dem Inhalt: „daß über den Winter jeder Arbeiter den Lohn nach Belieben festsetzen und zahlen könne“. Dieser arbeitserfindliche Haltung blieb als Erstem dem Syndikus Eger vorbehalten. Er erlaubt ebenfalls, daß er der Bauwerkverbände wie er von Berlin finanziert ist, hier im Lande Baden und Wals im Bauwerk praktisch durchzuführen. Die Vertreter der Bauarbeiter soll also rücksichtslos angreifen der Unternehmer ausgenutzt werden. Was kümmert den Syndikus Eger die menschliche traurige Lage der Bauarbeiter und ihrer Familien. Sein Bestreben geht schon seit Jahren dahin, seinen Auftraggebern zum Schaden der Bauarbeiter Rechnung zu tragen. Die Lohnkürzung Wirtschaftslage gab ihm nun Gelegenheit, nach dieser Richtung noch aktiver zu werden. Wert euch das, ihr Bauarbeiter, die davon, daß die oben geschätzten Vorkommnisse in Bezug auf Lohnabbau erst Vorentscheid sind. Wenn in einem einzigen Fall die Bauarbeiter mit ihrem Lohnabbau durchdringen, dann wird man fort verliert, den Lohnabbau auf der ganzen Linie durchzuführen. Es wird zu einem großen Kampf kommen, bei dem der Syndikus den Sieg davontragen wird.

Es liegt also in erster Linie an den Bauarbeitern selbst, sich zu sorgen, daß die Bäume der Arbeitgeber und ihrer Syndikus nicht in den Himmel wachsen. Mag die Not der Bauarbeiter im kommenden Winter noch so groß werden, so muß die Parole lauten: „Treu der Organisation.“

Haltet fest an der Organisation und führt die noch fernliegenden dem Deutschen Bauwerkverbund zu, dann werden wir auch Lohnabbauverleumdungen der Arbeitgeber mit Erfolg begegnen können. „Vorwärts trotz aller Not!“ das muß die Parole aller Bauarbeiter in den nächsten Wochen und Monaten sein. Bauarbeiter, haltet auch am Tage der Gemeindefestlichkeiten, daß nach dem 16. November die Sozialdemokraten gefährt in die Rathhäuser als Vertreter und als Vertreter des westlichen Volkes einziehen. Interessiert um so mehr notwendig, als auch schon Bürgermeister, Oberbürgermeister den Abbau der sogenannten hohen Bauarbeiterlöhne“ geordnet und angefündigt haben. Die Bezirksleitung des Deutschen Bauwerkverbundes in Karlsruhe

präsidenten und über die Polizeibeamten. Um seinen Worten mehr Nachdruck zu verleihen, schlug er mit dem Spagierstock auf den Tisch. Da er anmaß, daß ihm keine Briefstafel geschoben worden sei, wurde er zur Kriminalpolizei geführt. Hier setzte er die Beschimpfungen in noch größerer Form fort. Den dienstituenden Beamten rief er u. a. zu: „Sie Revolutionenblüte, Kerle des Systems, Sie mit ihrer dreifachen Schamse sind der Erste, welcher hier, wenn wir erst 190 Abgeordnete im Reichstag sind! Mit Eurem Jubelführer Jibor Weis und Eurem Seewerger kommt Ihr nicht mehr weit. Wenn wir erst oben sind, dann fliegt Ihr. Ihr Parteibonzen mit Eurem Buch in der Tasche seid nicht mehr laune hier!“ Sink entschuldete sich am nächsten Tag bei den Beamten mit Tränenbeut. Der Polizeipräsident von Magdeburg hat sich jedoch veranlaßt gesehen, wegen der arößlichen Beleidigung Strafantrag zu stellen.

Verhaftung von 60 Nationalsozialisten

Salle, 2. Nov. In der hiesigen Talshöfbräuerei wurden heute 60 Angehörige der NSDAP von der Polizei verhaftet. Die Nationalsozialisten, die in Uniform erschienen waren, hatten im Garten eine Waffenübung veranstaltet, was von der Polizei verboten wurde. Nach zweimaliger verächtlicher Aufforderung, den Garten zu verlassen, schritt die Polizei ein und nahm sämtliche Teilnehmer, die sich zum Teil ihrer Verhaftung zu entschließen suchten, fest.

Vorbereitung der Wahl des Reichspräsidenten

Das Reichsinnenministerium hat in seinem Haushaltsplan für das Jahr 1931 100 000 M zur Vorbereitung der Wahl des Reichspräsidenten angesetzt. Die Postische Zeitung schreibt dazu, die Vorbereitungen für die Wahl müssen in dem Etatjahr 1931 getroffen werden. Die Amtsbauer des Reichspräsidenten läuft im Mai 1932 ab. Es muß also damit gerechnet werden, daß der erste Wahltag Anfang April 1932 stattfinden wird. Bei der letzten Wahl des Reichspräsidenten betragen die auf das Reich entfallenden Kosten für den ersten und zweiten Wahlgang 3,4 Millionen Mark.

Der Mörder bei Hitler

Aus München wird gemeldet, daß Hitler den amnestierten Führer der Fremden, Oberleutnant a. D. Paul Schulz, in die Reichsparteileitung der Nationalsozialistischen Partei nach München berufen hat.

Die badische Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl am 14. September 1930

V. A. Die Sozialdemokratische Partei hat bei der Reichstagswahl am 14. September in Baden 210 549 Stimmen erhalten, d. h. 17,9 v. H. der insgesamt gültig abgegebenen Stimmen. Die Partei hat in sämtlichen Amtsbezirken des Landes Stimmen erhalten; in zwei Bezirken (Mannheim und Forstheim) ist sie als stärkste Partei aus der Wahl hervorgegangen. Die höchsten sozialdemokratischen Stimmenszahlen weisen die Bezirke mit großen Städten und Industriebeobachtung auf, wie Mannheim (48 731), Karlsruhe (32 699), Forstheim (16 824), Heidelberg (15 028), Freiburg (12 771), während die ausschließlich oder vorwiegend landwirtschaftlichen Bezirke wie Pfullendorf (201), Metzkirch (803), Büchen (518), Oberkirch (618) usw. zurücktreten. Mehr als 10 000 sozialdemokratische Stimmen wurden noch im Amtsbezirk Rastatt abgegeben, dem in größerem Umfange die Bezirke Konstanz (6500), Lörrach (4824) und Emmendingen (4604) folgen. Zwischen den 200 000 Stimmen erhielt die Partei in 14 Amtsbezirken. Die 700 000 Stimmen der Sozialdemokratischen Partei abgaben Stimmen. Antisemitismus betrachtet, d. h. im Verhältnis zur Gesamtzahl überhaup gültig abgegebenen Stimmen steht der Amtsbezirk Forstheim mit 26,7 v. H. sozialdemokratischen Stimmen an erster Stelle, es folgen die Amtsbezirke Mannheim (26,5), Karlsruhe (25,9), Pfullendorf (25,8), Freiburg (25,8), Säckingen (23,6), Rastatt (22,7) und Ettlingen (21,9). Den Landesdurchschnitt mit 17,9 v. H. sozialdemokratischen Stimmen übersteigt weiterhin die Amtsbezirke Bretten (20,4), Rühl (19,6), Seibelsberg (19,4) und Rastatt (19,4). Am geringsten ist der sozialdemokratische Stimmenanteil in den Bezirken Büchen (4,0), Pfullendorf (4,0), Tauberbischofsheim (4,0), Metzkirch (5,8) usw.

Wirft man einen Blick auf die Wahlergebnisse für die Sozialdemokratische Partei in den einzelnen Gemeinden bzw. Wahlbezirken, so zeigt sich, daß die Partei in 1419 Gemeinden, d. h. in 93,0 v. H. der gesamten Gemeinden, Stimmen erhalten hat. In 88 Gemeinden hat die Partei mehr Stimmen erhalten als jede andere Partei. Mehr als 1000 sozialdemokratische Stimmen wurden in den folgenden 199 Gemeinden abgegeben: Ettlingen (1089), Rastatt (1187), Rühl (1242), Emmendingen (1279), Lörrach (1283), Pfullendorf (1296), Rühl (1479), Säckingen (1558), Emmendingen (1574), Mannheim (1944), Konstanz (2025), Baden (3184), Durach (3259), Forstheim (3056), Freiburg (10 685), Forstheim (10 959), Rastatt (12 423) und Mannheim (38 793).

Setzt man die sozialdemokratischen Stimmen ins Verhältnis zur Gesamtstimmenszahl, so ergibt sich, daß der Anteil der sozialdemokratischen Stimmen in 885 Gemeinden unter 10 v. H., in 1077 Gemeinden 10 bis unter 25 v. H., in 154 Gemeinden 25 bis unter 50 v. H. und in 4 Gemeinden mehr als 50 v. H. ausmacht. Die 1077 Gemeinden mit einem sozialdemokratischen Stimmenanteil von 50 und mehr v. H. sind Waldbrunn, Amtsbezirk Forstheim (51,0 v. H.), Ettlingen, Amtsbezirk Forstheim (50,0 v. H.), Auenheim (55,5 v. H.) und Rastatt (57,0 v. H.). Kein Stimme erhielt die Sozialdemokratische Partei in 187 Gemeinden. Gegenüber der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 ergeben sich die Sozialdemokratische Partei folgende Veränderungen:

1. Die Gesamtzahl der sozialdemokratischen Stimmen ist am 14. September d. J. um 8203 größer als im Jahr 1928; ihr Anteil an der Gesamtzahl der gültig abgegebenen Stimmen um 1,6 v. H. geringer als vorher.
2. Die Zahl der Amtsbezirke mit mehr als 1000 sozialdemokratischen Stimmen beträgt 30 gegen 31 bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928.
3. Den zwei Amtsbezirken, in denen die Sozialdemokratische Partei die stärkste Partei ist, stehen 7 im Jahre 1928 gegenüber, d. h. 93,0 v. H. aller Gemeinden wurden am 14. September 1930 für die Sozialdemokratische Partei abgegeben, im Jahre 1928 nur in 92,9.
4. Die Zahl der Gemeinden mit mehr als 1000 sozialdemokratischen Stimmen beträgt 19, bei der Reichstagswahl 1928 dagegen 18.
5. Die Zahl der Gemeinden, in denen die Sozialdemokratische Partei 50 Prozent und mehr aller abgegebenen Stimmen erhielt, beträgt 4, bei der 1928er Reichstagswahl 25.
6. Den 107 Gemeinden ohne sozialdemokratische Stimmen gegenüber 108 im Jahre 1928 gegenüber.

Freistaat Baden

Gegen Terror und politisches Lumpentum

Das Urteil eines christlich-konservativen Mannes

In seiner neuesten Ausgabe der Süddeutschen Konservativen Korrespondenz kommt Herr Adam Koeder, der in ganz Deutschland bekannte christlich-konservative Publizist, auf die das ganze deutsche Volk schändenden Auswüchse im politischen Leben zu sprechen, wie sie sich insbesondere in dem Nationalsozialismus und der ihnen Gleichgesinnten darstellen. Herr Adam Koeder fällt ein vernichtendes Urteil über diesen Terror und was besonders bemerkenswert ist, begreift die in den letzten Tagen von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften begonnene kommunistische Abwehrbewegung. Herr Koeder schreibt u. a.:

Der nationalsozialistische Terror übersteigt alles bisher an Verwilderung und anstatorischer Rücksichtslosigkeit Dagewesene. Auch im Lande Baden.

In keiner politischen Periode der hinter uns liegenden Selbstvergangenheit haben sich derartige Auswüchse eines politischen Terrors gezeigt. Niemals waren verlässliche Anzeichen von so allgemeiner Erregung, wie sie jetzt festgestellt werden können. Die politische und gesellschaftliche Verrohung hat einen Grad erreicht, wie ihn der Geschichtsschreiber nur in den Aktionen des römischen Bürgerkrieges feststellen muß.

Nach dem alles nur, weil es die Regierungen an Autorität und Ansehen fehlen lassen. Ohne Autorität, Acht und Ehrung geht es in keinem Staat, in keiner Gesellschaft. Die Regierungen mußten die Mittel der für verlassenen reichsmächtigen Macht, die die oberste Regierungsmacht, die die Macht mußte überhandnehmen, nicht fühlend sein.

Es wäre toll, wenn man sich damit begnügt, die soziale Demokratie und begründet ist es, daß die sozialdemokratische Parteileitung und die Gewerkschaften eine Abwehr organisieren. Es werden aus militärisch und technisch trainierten Männern zwischen 20 und 45 Jahren Formieren gebildet, die der Abwehr dienen. Es handelt sich also um die Schaffung von politischen Abwehrtruppen, die die Regierungen in dem Maße vor politischen Abenteurern, Nihilisten, Strolchen und Heuschrecken, die zu einem Seeräuber zu bilden der fortschrittlichen Nationalsozialismus zu seiner bedeutendsten Aufgabe gemacht hat.

Es geht zu hoffen, daß diese Abwehr ernsthaft und rücksichtslos erfolgt. Niemals angehen — aber rücksichtslos vorgehen. Einsetzen der ganzen Persönlichkeit für die Sache der Ordnung und Freiheit. Deutschland — und in ihm unser Land — steht sich in allmählich zum Geißel der Welt, daß es sich dem Terror eines politischen Feindes unterwirft, das die dem politischen Freiheit eines demokratischen Staatswesens zum Verfall, hübsche Gesinnung mit hübschen Handlungen zu dem Zustand politischer Anarchie zu machen. Nieder mit dem Terror, nieder mit den politischen Novos.

Es wäre toll, wenn man sich damit begnügt, die soziale Demokratie und begründet ist es, daß die sozialdemokratische Parteileitung und die Gewerkschaften eine Abwehr organisieren. Es werden aus militärisch und technisch trainierten Männern zwischen 20 und 45 Jahren Formieren gebildet, die der Abwehr dienen. Es handelt sich also um die Schaffung von politischen Abwehrtruppen, die die Regierungen in dem Maße vor politischen Abenteurern, Nihilisten, Strolchen und Heuschrecken, die zu einem Seeräuber zu bilden der fortschrittlichen Nationalsozialismus zu seiner bedeutendsten Aufgabe gemacht hat.

nicht mit der Jangge angegrührt. So tief ist die Bourgeoise besunken, daß sie alle sonstigen Dreßsakerien, wenn es nur neuen „Sossen“ und „Juden“ oder gegen die republikanische Regierung geht, billigt und goutiert. Diese bourgeoisen Herrschaften bedenken nicht, daß eines Tages der Stiel umgedreht werden kann und daß dann ebenso gewissenlose und rohe Pöbelheulen mit den gleichen Methoden und den nämlichen Waffen operieren. . . .

Wir können Herrn Koeder in allen seinen Sätzen und seinem eigenen Urteil über den nationalsozialistischen Terror ohne jede Einschränkung zu. Aber auch noch in zwei anderen Punkten: Die Regierungen und die Behörden müssen von nun an in einer ganz anderen Weise gegenüber dem Terror, teige er sich auf der Straße, in Verammungen oder sonstwo mit allen ihnen zu Gebote liegenden Mitteln durchgreifen, als es bisher geschehen ist, soll nicht ein Unheil entstehen, das in seinen Ausmaßen und Folgen heute gar nicht zu übersehen ist. Scharf treffend ist, was Herr Koeder über das Verhalten eines sehr großen Teils des sogenannten Bürgertums sagt, das ja in den letzten Jahren eine von Jahr zu Jahr rapid fortschreitende politische Verwahrlosung, um nicht zu sagen Verarmung an den Tag legt. Im schlimmsten ist es dabei im sogenannten Klein- und Mittelbürgertum, worunter auch die Teile dieses Kleinbürgertums leiden, die eine ruhige, dem Gemeinwohl dienende Entwicklung im Reich, Staat und Gemeinde wollen. Auch diese Teile des Bürgertums müssen sich mehr als bisher aufraffen, damit auch sie helfen, den Terror zu brechen.

Der „Führer“, das Organ der Partei, in der der Wählerbeitrag und der gewissenlose Bruch des Ehrenworts und der Wählerverpflichtung zu den hervorragenden Parteieigenen gehört, glaubt in seiner neuesten Ausgabe die von der Sozialdemokratie zu bildende Abwehrbewegung als „Mordgarde“ und „Mordbanden“ beschimpfen zu können. Um diese verlogene Beschimpfung glaubhaft erscheinen zu lassen, bringt er die zu bildende Abwehrbewegung, der selbstverständlicher und natürlicher Weise in keinem Falle Angriffsintentionen innewohnen, in Verbindung mit einer sogenannten Reichsorganisation mit dem Sitz in Berlin, die sich „Kampfbund gegen den Faschismus“ nennt.

Mit diesem Kampfbund hat die Sozialdemokratie aber auch nicht das allergeringste gemein, er ist, wenn wir im Augenblick nicht irren, ein rein kommunistisches Produkt, und er vertritt in seinen Formationen ebenso wie die Nationalsozialisten in den ihren, alle die Elemente zu sammeln, mit denen man Rohheitsgesetze, Terrorakte und diehiesigen Auftreten in die Praxis umsetzen kann. Wie wir ja heutzutage jede Woche sehen, wechseln Rotfrontkämpfer in die nationalsozialistischen Schweißungen und umgekehrt herüber und hinüber. Dasselbe wird auch zwischen Nationalsozialisten und Kampfbündlern praktisch in Erscheinung treten. Sie sind gleiche Brüder, nur tragen sie ungleiche Kappen.

Die Behandlung der Krebserkrankung bei der Frau

Veröffentlicht im Auftrag des badischen Landesarztes des zur Bekämpfung des Krebses im Univ.-Prof. Dr. Pantow, Freiburg i. B.

Zur Radiumpende am 3. November 1930

dann die Behandlungsart die meisten Aussicht auf Erfolg bietet. Für die Behandlung der Krebserkrankung bei der Frau ist von größter Wichtigkeit, die Krankheit möglichst früh zu erkennen, weil die Frühheilungen des Krebses sind Blutungen und Ausfluß. Die Blutungen treten meist nicht tags und stundenlang, sondern oft nur tropfenweise auf und besonders nach körperlichen Anstrengungen und, was besonders wichtig ist, nach dem eheleben. Die Ausflüsse sind meistens ein rötlicher, fleischmaltfarber

ner und hat gewöhnlich einen unangenehmen Geruch. Er sieht nicht festlich oder auch bräunlich oder gelblich eitrige aus.

Wenn eine Frau, die noch ihre Periode hat, zwischen den Perioden solche Erscheinungen bemerkt, oder wenn eine Frau, die schon in den Wechseljahren ist, diese Erscheinungen an sich beobachtet, so muß sie unbedingt den Arzt aufsuchen. Es können auch harmlose Dinge ähnliche Erscheinungen auslösen, aber nur der Arzt kann entscheiden, ob die Ursache tatsächlich hämorrhoider oder anderer Natur ist. Wird bei solchen Erscheinungen der Krebs erkannt, so besteht sehr große Aussicht, ihn zur Heilung zu bringen. Die Behandlung erfolgt entweder durch die Bestrahlung oder durch Operation, oder durch Anwendung beider Verfahren. Die Bestrahlung ist nur im Krankenhaus möglich, die Strahlentherapie nur in solchen, die gleichzeitig über eine ausreichende Röntgenanordnung und vor allen Dingen über Radium verfügen. Deswegen wird bekanntlich am 3. November und die folgenden Tage eine Sammlung zum Anlauf von Radium vorgenommen.

Mit der Durchführung der Bestrahlung ist es aber allein nicht getan. Es ist bekannt, daß die Krebserkrankung zu Rückfällen führen kann. Der Beginn des Rückfalls macht oft gar keine Erscheinungen. Er kann deswegen nur erkannt werden, wenn die Frau sich regelmäßig ärztlich untersuchen läßt. Die dauernde Nachbeobachtung durch den Arzt ist also gerade für krebserkrankte Frauen eine Notwendigkeit, die ebenso wichtig ist, wie die Behandlung.

Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer

Die 37. Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer wurde endgültig auf Freitag, den 14. Nov. 1930, nachmittags 3 Uhr, und den darauffolgenden Samstag angesetzt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Wahlen zum deutschen Landwirtschaftsrat, die Aufnahme von Anleihen, der Bericht der von der 36. Vollversammlung eingesetzten Sparkommission, der Vertrag mit landwirtschaftlich-technischen Organisationen und der Bericht über die Güter der Badischen Landwirtschaftskammer. Der Höchstbetrag der neu aufzunehmenden Anleihen soll auf 200 000 Mark festgesetzt werden.

Generkschaftliches

Gegen die Ausschaltung der Land- und Forstarbeiter von der Kriensfürsorge. Zu den Berufsgruppen, die noch immer von der Kriensfürsorge ausgeschlossen sind, gehören auch die Land- und Forstarbeiter. Das hat der am 28. und 29. Oktober in Stuttgart stattgefundenen Konferenz des Verbandes der Land- und Forstarbeiter des Deutschen Reiches Beschlüsse und die Gaudelien des Deutschen Arbeiterverbandes Veranlassung gegeben, eine Entschließung folgenden Wortlauts zu fassen:

„Die Konferenz hält es für untragbar, daß in einer Zeit außerordentlicher Arbeitslosigkeit der Land- und Forstarbeiter diese Berufsgruppen von der Kriensfürsorge ausgeschlossen sind. Diese Ausgrenzung ist unzulässig, ist mehr durch weitere Einschränkungen der Forstarbeiter in Staats- und Privatforsten die Arbeitslosigkeit immer noch an Umfang zunimmt. Das gleiche gilt für die Landarbeiter, die durch Rationalisierung und andere Ursachen in immer härteren Maße arbeitslos werden und langfristige arbeitslos bleiben.“

Die Konferenz fordert deshalb mit allem Nachdruck die Ausdehnung der Kriensfürsorge auf die Land- und Forstarbeiter. Sie unterläßt ferner alle Maßnahmen, die von der preußischen Regierung zur Erreichung der Arbeitsbeschaffung bei der Reichsregierung in Anregung gebracht worden sind. Im besonderen fordert die Konferenz weitgehende Ausschöpfung aller Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die während der Wintermonate für die Forstarbeiter vorhanden sind.“

Aus der Stadt Durlach

Langsamlisten. Heute, 20 Uhr, Arbeitsgemeinschaft. Leiterin Genossin Stiel (Karlstraße).

rote Hände oder brennend rotes Gesicht wirken unheimlich. Ein wirftames Mittel dagegen ist die kühlende, reizmildernde und schmerz- und schweiß- und leuchtende Creme „Leodor“, auch als heilich kühlende Pulverunterlage vorzüglich geeignet. Lieberalender Erfolg, Tube 1 Mk., in jedem unterhalb durch Leodor-Debit, Süd 50 Pf. In allen Glorobon-Verkaufsstellen zu haben. !Korrespondenz!

eingeben. Das paßt wenig zu dem sonstigen Gemüth. Die Tat- lache läßt sich durch noch so heftiges Probierandagehören nicht aus der Welt schaffen. Man erinnert sich auch, daß gerade diese medien- burgischen, böhmischen, udermärktischen Bauern und Gutsbesitzer es waren, die nach dem Kampfbund die vielen Putschisten in Wallen bei sich aufnahmen. Dafür hatten sie wohl Geld. Diese ganze Steuerabgabe in diesen kulturell rückständigen Betrieben ist pure Wähe von Kapitalisten, keine selbstbewußtste, tiefe Selbstbehaltung, wie etwa die der schließlichen Weber in Hauptmanns Stück.

Das Stück hat die Verhältnisse hart „freiert“, um eine Anlage gegen die Steuerbehörde und das Deutsche Reich zu überleben zu können. Man könnte es in seiner Gesamtwirkung als direkt staats- feindlich bezeichnen, wenn der Autor seinen Selden Wort vom 2. Akt an nicht so katastrophal hätte umfallen lassen, indem er von nun an stark zu brechen versucht. Mangel hat offenbar Angst vor der eigenen Courage bekommen; vielleicht hat er auch für die Zuführbarkeit seines Stückes gefürchtet. So wirkt das Ganze nur in partibus revolutionärer und staatsfeindlich, und diesen Tendenzen stehen andere entgegen. Hoch anrechnen darf man dem Verfasser die Charakterisierung des jungen Führers Kamrath, der in der ganzen Ära den wilden Mann spielt und wie ein Verrierer und Brüllaffe durch die Ära wütet; ein gut getroffener Topos, wie er sich heute in der Politik überall breit macht. Ein Karl, der immer mit dem Kopf durch die Wand will, von Führertum und Verantwortung faßt, aber zum Schluss doch den Revolver an den ungeschicklichen Sord abgibt, also anders für sich selbst läßt. Schöner kann man diese feigen und großhännslichen Butichen nicht kennzeichnen, als Mangel es getan hat.

Eine äußerst laubere Regie (Baumbach) und eine padende Dar- stellung setzten das Werk aus. Ulrich u. d. Trend hat den alten, modern Wort groß angelegt, und ihn besonders in seinem menschlichen Kampf gegen die Führerrolle mit psychologischem Fein- sinn ausgebeutet. Diese Natur in ihrem Dilemma macht das Stück überhaupt erträglich. Der Dablen gab alles Temperament und urchte Empfindung in den Gewaltmenschigen Kamrath, während Viktoria Schreiner für die Menschlichkeit der Frau und Mutter ergreifende Töne fand. Unter den Bauern gab es gute Gestal- ten: Brüller, Schulze, Brand, Gemmede waren hier besten am Platze. Ein Meisterstück der literarischen Mitter mit dem Junfer Ritus, den er auch in der Masse mit seinem Populären Schmuck und dem Populären ausgesprochen traf. Der erste Akt erzielte harten Applaus, namentlich bei den Gewinnungsge- nossen der notleidenden Arbeiter, der zweite blieb ohne Erfolg, am Schluss gab es mehrfache Hervorrufe. Das Werk löste lebhaft Diskussion aus, und damit ist der Zweck des Theaters ja auch erreicht. Da der Staat von dieser Diskussion nichts zu befahren hat, kann er die Aufführung eines solchen Stückes auch wohl dulden, wennschon eine dringende Notwendigkeit für eine solche Theater- ware für Karlsruhe nicht vorliegt.

M.

Stens das eine voraus: es fehlt ihm nicht an der nötigen Nahrung. Wieviele Arbeiter sind in der stillen Lage, das soll sich zeigen zu können? Von ihren Steuerleistungen soll die Landwirte und die Beren Landwirte nicht so viel Aufhebens machen. Ein Blick in die Steuerstatistiken zeigt die relative geringfügigkeit der Steuer- beträge, die vom flachen Lande einkommen. Diese Beträge sind sogar lächerlich gering gegenüber dem, was die Städte aufbringen. In Preußen zahlten im Jahr 1910 die Leute mit 9500—30 500 Mark Jahreseinkommen an Einkommensteuer

in den Städten 2,9 Millionen Mark, auf dem Lande 4,8 Millionen Mark; die Leute mit 30 500—100 000 Mark Einkommen in den Städten 19,2 Millionen Mark, auf dem Lande 4,9 Millionen Mark; die Allerreichsten mit Einkommen über 100 000 Mark zahlten in den Städten 2,8 Millionen Mark, auf dem Lande 5,3 Millionen Mark.

So waren die Ertragsverhältnisse zwischen Stadt und Land vor dem Kriege verteilt, die Verhältnisse werden heute kaum anders liegen. Ueber die Steuerleistung der großen Junker macht die Deutsche Bauernzeitung im Jahr 1927 folgende sehr bemerkenswerte Angabe: „Im Kreise Prenzlau gehören den Großgrundbesitzern von 542 000 Morgen landwirtschaftlich genutzter Fläche über 66 Prozent, der Bauernschaft knapp 30 Prozent. Trotzdem bringt der Großgrundbesitz nur 25 Prozent der landwirtschaftlichen Einkommen- steuer auf, während der Mittel- und Kleinbesitz 75 Prozent auf- bringung hat. Schätzungsweise 75 Prozent der Rittergüter zahlen überhaupt keine Einkommensteuer.“

Man steht vor der Tatsache einer schamlosen Steuerflucht der Herren Junker, die eben von ihrem ehemaligen Vorrecht der gänzlichen Steuerfreiheit nach nicht abgehen wollen und dem modernen Staat, der Band an ihren Geldbörsen legt, den Kampf bis aufs Messer ansetzen. Die größeren Herren wollen nicht gern zahlen, und wenn sie sich mit den Kleinen, die nicht so gut zahlen können, vereinigen, so liegt hier eine Unheiligkeit vor. Der Autor Mangel scheint das unter der Hand auch andeuten zu wollen. Er läßt den Junker Mutius auftreten mit einem Kanonen- rauh in aller Herrgottsfröhe. Wenn der Herr, sagt man sich, nach so viel Kommen im Keller hat, muß er doch auch Steuern zahlen können. Ebenso erzählt der Bauer Laas, daß er den schuldigen Steuerbetrag wohl zur Verfügung habe, aber er wolle ihn für familiäre Zwecke verwenden! Also die moralische Berech- tigung der Bauernrenteleide erscheint jetzt im Stück in einem fremdwürdigen Licht, wie viel mehr in der Wirklichkeit, die nur so oft an die Variante erinnert: Kerne fügen, ohne zu leiden! Man darf in diesem Zusammenhang auf den auffallend guten Stand der kleinen Bauern in den Gemeinden, den Amis- und Kreis- räten hinweisen. Raffen, die im Gelde schwimmen, weil gerade von kleinen Einlegern die Spargelder erfolgreicherweise reißt; Hoff

Theater und Musik

Badisches Landestheater

Erstaufführung im Zeittheater: „Vorf“

Schauspiel in 3 Akten von Gerhart Hauptmann

Wir haben ein politisches Tendenzstück vor uns, das aktuelle Zeit- genossen wie die Steuer- und die Bombenattentate, die im Bombenlegertrasek Rolle spielen, und andere Ausschreitungen behandelt. Also ein Stück, bei dem sich die Geister der Zuschauer von Anfang an einmischen werden, je nach ihrer politischen Gesinnung. Inoffen muß man sich Drama aus sich heraus erklären, wenn man ihm fünfzig gerecht werden will.

Ein Gutsbesitzer Vorf, der zwei Söhne im Felde verloren hat, hat eine Steuerfahndung von 6000 Mark nicht aufbringen. Das Finanzamt schreibt zur Verfeinerung seines Gutes, was es auch den anderen Steuern nicht erlaßt werden. Die Härte der Steuerbe- weise macht böies Blut unter dem biedersten Landvolk, es kommt zu einer Zusammenrottung auf dem Finanzamt; Vorf selbst verzeiht ein Affenbündel, und gibt damit das Signal zu einem Sturm gegen das Amt, die Affen werden aus den Regalen activen und auf dem Markt verbrannt. Bei dem Tumult wird auch ein alter Vorf ihrer Führer. Die revolutionären Bauern leben nicht garnichts zu tun haben, er will bloß gegen das ihm angetane mehr menschliche Problem, wie sich der widerstrebende Vorf gegen die ihm aufgedrängte Führerrolle wehrt; er kann sich jedoch gegen seine Handlung nicht entscheiden, er fühlt sich veran- wortlich für alles Geschehene und nimmt schließlich der Polizei gegenüber die Schuld auf sich. Also ein Held, ein Märtyrer, ein menschlicher Charakter.

Wahrlich seltsam ist nur der erste Akt. Er erinnert entfernt an Hauptmanns „Weber“. Die Handlung der beiden folgenden Akte erinnert völlig an Gerhart Hauptmanns „Die Weber“, die die Sache seiner Bauern zu erwidern weiß, daß er die Menschen nicht erlösen, sondern sie zu machen verhilft. Das Tragödien- dasein leidet zwar über wohl; eine Bese gegen die Steuer- wesen muß in Anklagen finden.

So muß man sagen, daß das Stück auf falschen Voraus- setzungen ruht. Die medienbürglichen Bauern und Junker sind nicht so viel Kommen im Keller hat, muß er doch auch Steuern zahlen können. Ebenso erzählt der Bauer Laas, daß er den schuldigen Steuerbetrag wohl zur Verfügung habe, aber er wolle ihn für familiäre Zwecke verwenden! Also die moralische Berech- tigung der Bauernrenteleide erscheint jetzt im Stück in einem fremdwürdigen Licht, wie viel mehr in der Wirklichkeit, die nur so oft an die Variante erinnert: Kerne fügen, ohne zu leiden! Man darf in diesem Zusammenhang auf den auffallend guten Stand der kleinen Bauern in den Gemeinden, den Amis- und Kreis- räten hinweisen. Raffen, die im Gelde schwimmen, weil gerade von kleinen Einlegern die Spargelder erfolgreicherweise reißt; Hoff

Der Parlamentarier Dr. Schofer

Personliche Erinnerungen von H. Reichmann, Karlsruhe

... Er war ein Mensch, und das heißt ein Kämpfer sein.

Da, er war ein Kämpfer in seltenem Ausmaße, ein leidenschaftlicher Kämpfer! Die sog. Sachlichkeit lag ihm nicht; er mußte in seinen Reden den Angriff und die Verteidigung haben. Und er war unglücklich, wenn er im Plenum des Landtages sprach und die ihm erhofften Zwischenrufe blieben aus. Er brauchte sie zur stimmungsgemäßen Formgestaltung seiner Rede; er fertigte die Zwischenrufe ab und war ihnen doch dankbar, daß er dadurch und damit seinem Kampfsiege freie Bahn schaffen konnte. Auch seine Stellungsaufstellungen und die von ihm herausgegebenen Schriften — und er schrieb viel — atmeten diesen Geist, diese Anarxischlust, immer mit dem Motto: Der Sieg ist die beste Verteidigung! In den Kommissionen des Landtages betrachtete er alle Vorlagen vom politischen Standpunkt aus und stellte sich danach ein; die sachliche Stellung überließ er einem seiner Fraktionskollegen. Er hatte auch Vorlage auch kaum gelesen. Wenn man ihn so loslegen ließ, insbesondere noch vor 10 Jahren, gegen angeblich frühere Gegner des badiischen Liberalismus, dann bedauerten die Kommis-sionsmitglieder der sozialdemokratischen Fraktion oft, daß er nicht einen ebenso veranlagten Partner auf liberaler Seite, vielmehr in dem früheren Landtagsabgeordneten Dr. Glodner fand, der seit 1929 nicht mehr dem Landtag angehört und jetzt in Freiheit im Ruhestand lebt. Dieser war nur sachlich und der andere ausschließlich polemisch! Das hätte manchmal einen furchtbaren Kampfeskampf gegeben. Aber die Voraussetzungen auf der anderen Seite fehlten.

„Der Abg. Schofer hat den Waldmichel geschrieben!“

Der das sagte, war der während des Krieges verstorbenen nationalliberale Führer Rudolf Oßfänger, der fast so leidenschaftlich kämpfte, wie Dr. Schofer. Es war im Januar 1906, als die zweite badische Kammer die Wahlprüfungen aus den Herbstwahlen von 1905 vornahm. Die scharfgekante Zentrumsflugblätter: „Der Waldmichel“ mit den schroffsten Anarissen des Kohler-Nas und des Waldmichel auf das einstige nationalliberale Regime in Baden fand im Landtage zur öffentlichen Diskussion. Schofer war neu gewählt; man vermutete in ihm den Verfasser des „Waldmichel“, er aber darüber keine absolute Gewissheit. Damals war Schofers Tätigkeit in der Zentrumsfraktion beargwöhnlicher Weise gering. Oßfänger hatte, mit einem langen Bleistift in der Hand, wie ich von der Journalistenloge des Landtages aus gut bemerken konnte, die auf Schofer gezielte. Dieser sprach leise, aber man horchte auf: „Ja, ich habe den Waldmichel geschrieben“. Allgemeines Uhl oh dieses Gesändnisses und laute Zurufe von den Bänken der Nationalliberalen, die damals noch etwa 26 Mann stark waren: „Das haben wir immer gesagt!“

Dr. Schofer sprach gerne und oft mit Presseleuten; er selbst konnte nicht schreiben! Vor allem verweilte er gerne bei den „Alten“ des Zentrums, bei den Ketteler, Windhorst, Vender, in der um. Stellte er uns Presseleuten einem seiner Fraktionskollegen oder sonstigen Bekannten vor, dann sagte er, ironisch lächelnd:

„Das ist ein Preß-Bandit!“

„Was ein gefährlicher Mensch! Man gab zurück, da er ja auch einer war. „Ich quittiere, Herr Kollege.“

Was mit den Schoferischen Reden, mit den scharfen Spöhen und der pointierten Polemik wieder verband, war der prächtige Humor und die persönliche Liebenswürdigkeit und Verbindlichkeit, die den Verstorbenen im privaten Verkehr auszeichnete. Er trug nichts nach; er war nicht der starre, engberzige Parteimann, der nur eine Ansicht für die richtige hielt. (Es rühmen ja alle Nachrufe seine persönliche Vertreten auch anderer Ansichten.) Wenn er gegen Sozialdemokratie und ihre programmatischen Forderungen in öffentlicher Landtagsdiskussion loszog und nach der Rede aus dem Sitzungssaal heraus, etwa ans Telefon, gerufen wurde, und an solchen Plätzen vorbeiging, rief er uns in seiner jovialen Art zu:

„Gelt ihr Sozialen, i henn euch wieder verloscht!“

Ein hüßes Lächeln unterdrückt quittierte für dieses persönliche Gesändnis des politischen Gegners. — Empfindlich war Dr. Schofer höchstens dann, wenn man seinen Stand als Geistlicher angriff, oder auf das Gewand, das er trug, hinwies. In solchen Fällen demarkierte er in der echten Grobheit des Schwarzwälders.

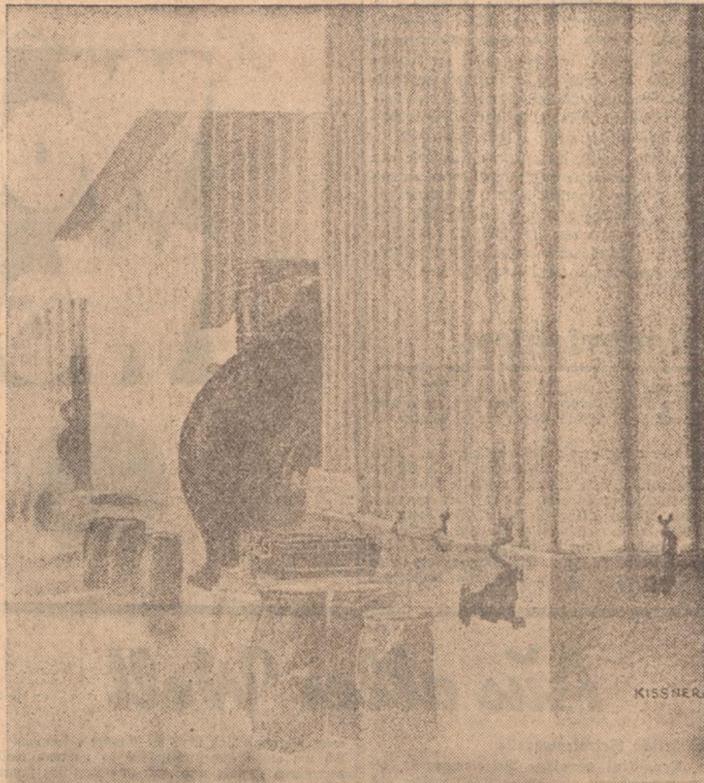
Bei Reden über Regierungsbildungen, wie sie nach jeder Wahl stattfinden mußten, konnte man seine taktische Klugheit und seinen politischen Weitblick bewundern. Als im November des vorletzten Jahres die Koalitionsverhandlungen im Gange waren, aber zum Abschluß kommen wollten, sprach Schofer in den Wandelungen des Landtages auch mit Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion, unter denen ich mich befand. Da ist mir folgendes Erinnerung: Ein Zentrumsabgeordneter ging vorüber und bemerkte etwas ärgerlich, zu Schofer gemeldet: „Ach, laß doch die Sozialen; mit denen ist einfach nichts anzufangen!“ Ralsch entgegnete er seinem Parteifreunde: „Das mache ich eben nicht!“

„Ich werde die Sozialdemokraten nicht in die Opposition treiben.“ Er wußte eben, die staatsbejahende parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie stets richtig einschätzen und ihre Mitarbeit bei der Führung der badiischen Politik vollstaus zu bewerten.

Es sind es mancherlei interessante Erinnerungen, die man an den verstorbenen Prälaten Dr. Schofer hat. Er genos bei uns offenen politischen Sachstimmung und persönliche Verhältnisse. Sprach er in öffentlichen Sitzungen, hatte er stets auch unsere Aufmerksamkeit und alle man aus den Wandelungen herbei. Es war oft köstlich, wenn er die politischen Anarisse variierte, Zwischenrufe abtat und für andere Fraktionsführer geradezu vorbildlich. Jeder seiner Reden wurde von ihm gedeckt, wenn er ihm auch unter Umständen seine persönliche Mißbilligung ausdrückte.

Dr. Schofer ist nicht mehr! Man wird ihn in den Landtagsverhandlungen der nächsten Monate und Jahre stark vermiffen.

Manche junge Dame wird es schon als äußerst peinlich empfunden haben, wenn sie seitlich gefächelt in den Spiegel konnte und ihr Gesicht nicht die Leichtigkeit und Weichheit zeigte, die man bei den Damen im allgemeinen zu sehen pflegt. Es ist aber nicht schwer, die unheimliche Haut wieder gelandmetrisch zu machen. Das moderne Kosmetikum hat in der „Venus-Creme“ ein Mittel gefunden, das sanft und sicher alle Hautunreinheiten entfernt. Beachten Sie bitte die deutliche Anweisung, in der auch die Verkaufsstellen genannt sind.



KISSNER

48400 KILO STAUB!

Monat für Monat wird diese Staubmenge von den Filterkammern unserer Entstaubungs-Anlagen aufgefangen. Nicht weniger als 36 Güterwagen müssen die Last im Laufe eines Jahres aus unsern Fabriken tragen. Diese gewaltigen Staubmengen, für die wir den vollen Tabakpreis bezahlen mußten, gehen allerdings der Produktion verloren; sie sind zu nichts andermehr zu gebrauchen als zur Schädlingsbekämpfung im Gartenbau. Wir glauben aber, daß sich die Kosten und Mühe einer gründlichen Entstaubung des Tabaks lohnen; denn unser Verfahren hat den unschätzbaren Vorteil, daß Haus Neuerburg-Zigaretten nicht bitter schmecken und daß sie so bekömmlich sind.



OVERSTOLZ
5 PF.
RAVENKLAU
6 PF.
staubfrei
— schmecken
niemals bitter!

Sie können unsere Angaben nachprüfen: Wenn Sie durch eine HAUS NEUERBURG-Zigarette blasen - ehe sie brennt -, so werden Sie keine Spur von Staub bemerken.

Nr 5

BILLIGER MESSE-VERKAUF

Herrenstoffe

Reinw. Kammgarne . Mk. 6.— 6.50 7.50 8.50
 Ulsterstoffe Mk. 4.50 6.50 8.—
 Blau Twill rein K'garn Mk. 7.— 9.—

Kleiderstoffe

Tweed Mk. 1.85 3.— 3.80
 Tweed Mk. —.85 1.35

Wachsam bedruckt Mk. 1.50
 Kunstseidener Panne Mk. 2.65
 Bedruckter Kleiderkörpersamt Mk. 4.80
 Velvet einfarbig Mk. 4.60

Flockkörper Mk. —.45 —.59
 Schirting Mk. —.39 —.48
 Mako-Batist Mk. —.59
 Haustuch 80 cm Mk. —.65, 150 cm Mk. 1.15
 Baumwollflanell Mk. —.45 —.49
 Pyjamaflanell Mk. —.69
 Bettuchbiber Mk. —.95
 Einen Posten einzelner Baumwollbettücher Mk. 2.—

Servietten Mk. —.55
 Tischtücher Mk. 2.50
 Oberbettücher, 150/220 cm Mk. 3.50
 Wischtücher Mk. —.10
 Reinleinen Teeservietten Mk. —.19
 Frotterhandtücher Mk. —.50
 Kinderbadtücher Mk. 1.50

Leipheimer & Mende

Leipheimer & Mende



Gretel Schneider
 geb. Deobald.
 Karlsruhe, den 2. Nov. 1930.
 In Trauer:
 Paul Schneider
 Hans und Kurt
 Familie Deobald
 Feuerbestattung: Dienstag
 mittag 2 Uhr. 6964
 Kränze und Blumen verboten.

Dr. Brillmayer
 Facharzt für
 Nerven- u. Gemütsleiden
 wohnt jetzt
Kriegsstr. 47a, am Karistor
 11-1, 4-6 Uhr, Sa. 11-1 Uhr. — Tel. 1965

Volkshochschule Rastatt
 Dienstag, 4. November
 abends 8 Uhr
 im Museumssaal:
**Wolken
 und
 Wetter**
 Vortrag von Prof. Dr. Hungerer
 am Gymnasium
 Lichtbildervorführungen
 Eintritt frei! 1882

Reparaturen an Uhren u. Schmuck
 werden fachgemäß und billig ausgeführt
J. Gelmann Uhren u. Goldwaren
 Zähringerstraße 36
 Hier werden auch unzählreiche Gläser
 eingesetzt 3686

Staats-Lotterie
 Die Erneuerungsfrist zur 2. Klasse
 der
**36.1262. Preuß.-Süddeutschen
 Klassen-Lotterie**
 läuft am 14. November 1930 ab.
 Bei der Erneuerung ist das Los
 der 1. Klasse vorzulegen.
**Es sind noch einige
 Kauflose vorrätig.**
 Die staatl. Lotterie-Einnehmer
 in Karlsruhe 6943

Badische Lichtspiele — Konzerthaus

Ab Freitag, den 31. Okt. bis Donnerstag, den 6. Nov., jeweils 20.30 Uhr
Neuaufführung
Prinz Louis Ferdinand
 Der Held von 1806
 Ein Stückchen deutsche Geschichte 6985
Was viele nicht wissen — Eupen und Malmédy — Wochenschau
 Kapelle Lehmann Jugendliche zugelassen.
 Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstr. Photo-Ganske, bei der
 Hauptpost und im Büro: Klauereichstraße 1. Vorzugskartenheftchen.

DAS ERREIGNIS
25. Stiftungsfest
 Dienstag, den 4. November
**Fahnenweihe, Festball
 Tombola** 6959
 Anfang 9 Uhr Ende 5 Uhr
Zentralverband der Hotelangestellten
DER SAISON

Öffentlicher Vortrag
 von Hilmar von Hinüber
**Fürsorge-Stratvollzug-
 menschenwürde**
 am Mittwoch, den 5. Nov. 1930,
 abends 8 1/4 Uhr, im Saale der „Vier
 Jahreszeiten“, Hebelstraße 21
 Eintritt 1 Mk., weniger Bemittelte
 Ermäßigung. 6958
 Die Christengemeinschaft, Kriegsstraße 13

Mietervereinig. Krübe (e.V.)
 6914/1929, (am Westf. Waf.) Baumelstr. 32, Stb. 111.
Durlach
**Sozialdemokratische
 Partei**
 Morgen Dienstag abend
 von 8 Uhr ab finden in den
 einzelnen Stimmbezirken des
 Stadtgebietes
**Öffentliche Bezirks-
 Wählerveranstaltungen**
 statt. 1881
 Das Thema lautet:
**Sozialdemokratie
 und Gemeindefahrt**
 Es sprechen:
 In den Stimmbezirken 1 bis
 3 Stadtrat Genosse Hoff-
 total, Darmstädter Hof.
 In den Stimmbezirken 4 bis
 7 Stadtrat Gen. Falzgraf,
 total: „Roter Löwe“.
 In den Stimmbezirken 8-12
 Stadtrat Gen. Dahn, total
 „Blume“.
 Hierzu laden wir die
 Wähler und Wählerinnen
 der Stadt Durlach ergebenst
 ein.
 Infosien entziehen nicht.
 Der Vorstand.

Aufruf!
 In jedem Ort wird eine Filiale er-
 richtet. Hierfür wird eine zuverlässige
 Person (Wahl einer) als 1880
Filialleiter(in) gesucht.
 Monatl. Einkommen: 150-200 Dollar.
 Bewerbungen unter „Filiale“ an
 „Aia“ in Basel.

Richard Ostwald's Tonfilm
**RESI-
 Lichtspiele**
 Waldstr. 30
 Telefon 5111
 Vorverkauf ab 3 Uhr
 3.30 6.00 und 8.45
DREYFUS
 In den Hauptrollen ein Ensemble von Prominenten 6970

Hente Premiere des lustigsten Tonfilm-Vaude-
 ville des Jahres:
Pa-Li
 Palast-
 Lichtspiele
 Herrenstr. 11
 Teleph. 2502
 3.30 6.00 und 8.30
**Komm zu mir zum
 Rendez-Vous**
 Schläger:
 1. „Kennst Du schon das neueste Spiel . . .“
 2. „Wenn die Herzen glühen, wenn die Rosen
 blühen . . .“ 6921

U.T.
 Union-
 Theater
 Kaiserstr. 211
 Teleph. 7868
 4.00 5.40 7.20 9.00
**HEUTE
 LETZTER TAG: Die rote Lady**
 Nur Dienstag und Mittwoch:
 Der berühmte Afrika-Forscher
HANS SCHOMBURGK persönlich
 mit seinem Afrika-Groß-Film,
 der auf der letzten Schomburgk-
 Liberia-Expedition aufgenom-
 men wurde 6922
„Mensch und Tier im Urwald“

Feuerbestattungsverein Karlsruhe E. V.
 (über 1300 Mitglieder.)
 Alle Anhänger der Feuerbestattung werden hierdurch
 Beitritt eingeladen. Jahresbeitrag 3 Mk. Aufnahmegebühr 1 Mk.
 Nach zweijähriger Wartezeit schon 40 Mk. Sterbegeld, steigend
 bis 90 Mk., je nach der Dauer der Mitgliedschaft; diese er-
 setzt letztwillige Verfügung und Inanspruchnahme von Zeugen.
 Anmeldungen an:
F. Wildenthaler, Boeckhstr. 52, Tel. 7998

Rechtzeitig zur Gemeindefahrt liegt in Neu-
 Auflage vor:
Badische Gemeindeordnung
 mit Gemeindefahrtordnung
 Textausgabe mit Sachregister **RM. 3.—**
 153 Seiten, kartoniert

Als Neuerscheinung empfehlen wir nach-
 drücklich **RUDOLF ABRAHAM**
Staats- und Verfassungslehre
 Eine allgemein verständliche
 Darstellung . . . 110 Seiten kart. **RM. 1.90**
Volksfreund-Büchhandlung
 Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernsprecher 7020